



Anzeige

**hol dir, was du brauchst**

z.B. liebeskummer in der partnerbörse

bei [www.meinberlin.de](http://www.meinberlin.de)
[Nachrichten](#)
[Markt](#)
[Community](#)
[Service](#)
[Programm](#)
[Finder](#)
[Essen&Trinken](#)
**Der Tagesspiegel**

- \* Tagesinhalt
- \* Thema des Tages
- \* Politik
  - \* Innenpolitik
  - \* Außenpolitik
  - \* Politische Literatur
  - \* Das Interview
- \* Dritte Seite
- \* Meinung
- \* Berlin
- \* Brandenburg
- \* Wirtschaft
- \* Sport
- \* Kultur
- \* Wissen & Forschen
- \* Interaktiv
- \* Medien
- \* Weltspiegel
- \* Sonntag
- \* Sonderseiten
- \* Serien

**Archiv**

- \* Tagesspiegel-Suche
- \* Jahresüberblick
- \* Rechercheauftrag
- \* Genios-Archiv

**Service**

- \* Anzeigenmarkt
- \* Abonnement
- \* Impressum
- \* Mediadaten


 Nachrichten : Politik : Innenpolitik  
[9.01.2002](#)
**Radargeschädigte: Ministerium verschleiert Beweise****Behörde widerspricht und verweist auf unerwartet viele Anträge***Torsten Hampel*

Im Streit um die Entschädigung strahlengeschädigter Soldaten haben Betroffene und der Bundeswehrverband dem Verteidigungsministerium "Beweisverschleierung" vorgeworfen. Peter Rasch vom Bund zur Unterstützung Radargeschädigter kritisierte am Dienstag außerdem, der Radarbeauftragte von Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD), Ulrich Birkenheyer, habe bisher viel zu wenige strahlenkranke Soldaten als Wehrdienstbeschädigte förmlich anerkannt. Rasch kündigte an, mit dem Ministerium fortan nicht mehr zusammenzuarbeiten. Bundeswehrverbandschef Bernhard Gertz forderte Birkenheyers Ablösung.

Ein Mitarbeiter der zuständigen Stelle im Verteidigungsministerium begründete die verhältnismäßig geringe Zahl der anerkannten Wehrdienstbeschädigten damit, dass mit so vielen Anträgen nicht zu rechnen gewesen sei. Daraus ergebe sich eine entsprechend lange Bearbeitungszeit. Von bisher 1500 Anträgen sind erst 240 abgearbeitet worden. Fünf davon wurden positiv beschieden.

Rasch vermutet verharmlosende Anerkennungskriterien als Grund für die geringe Anerkennungsquote. So würden zum Beispiel die Anträge so genannter Operatoren - das sind Radarbediener, die nicht mit Röntgenstrahlung aus den Geräten in Berührung gekommen sind - grundsätzlich abgelehnt. "Die Operatoren sind aber ebenfalls Strahlung ausgesetzt gewesen", sagt Rasch, "weil die Bedienknöpfe auf ihren Arbeitspulten bis in die achtziger Jahre Spuren des selbstleuchtenden radioaktiven Elements Radon enthielten." Radon-Gas sei aus diesen Knöpfen verdampft, und die Operatoren hätten es eingeatmet. Ein Antragsteller, der die Radon-Beschriftungen regelmäßig erneuern musste, sei an Krebs erkrankt.

Rasch kritisiert ebenfalls die von den Antragsbearbeitern im Verteidigungsministerium zu Grunde gelegte Strahlendosis, die von den Geräten ausging. Sie sei zu niedrig angesetzt. Da die Bundeswehr erst seit 1981 Strahlenmessungen am Radar vornimmt, seien nur verhältnismäßig moderne Anlagen mit einer Strahlenabschirmung erfasst und als Vergleichsmaßstab herangezogen worden. Der Ministeriumsmitarbeiter dagegen sagt, dass eine eigens eingerichtete Arbeitsgruppe auch nach längst ausgemusterten Radarsystemen sucht, die heute nur noch in Museen zu finden seien. Sie würden nachgebaut und auch ihre Strahlenleistung werde gemessen.

[Zum Seitenanfang](#)

2001 © Tagesspiegel Online Dienste Verlag GmbH